

## Protokoll

### Beratung der Vertreterinnen und Vertreter des Kreisschulbeirats und des Kreiselternrats

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 07.04.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Plenarsaal, Rathaus

---

#### Anwesend sind:

##### Vertreterinnen und Vertreter des KER/KSB

Herr Bruhn	stellv. Sprecher KER
Frau Herold	stellv. Sprecherin KSB
Herr Mattern	stellv. Sprecher KER
Herr Carral-Linares	KER/KSB
Frau Hoffmann	KER/KSB
Herr Rosner	KER/KSB
Frau Schuster	KER/KSB
Herr Bartke	KER
Frau Köpernick	KER
Frau Plettenberg	KER
Herr Rindfleisch	KER
Frau Rost	KER
Frau Stolzenburg	KER
Herr Susa	KER
Frau Schkölziger	Gast

##### Vertreter des Staatlichen Schulamts Brandenburg an der Havel

Herr Dörnbrack

##### Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Schubert  
Frau Aabel  
Herr Richter  
Frau Lauffer  
Herr Morgenstern-Jehia  
Herr Hilbert  
Frau Hayn  
Frau Homann

#### Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Schulentwicklungsplan
3. Prävention
4. Kostenloses Schülerticket
5. Schulsozialarbeit
6. Digitalpakt/IT

## Protokoll:

### zu 1 **Begrüßung**

Herr Schubert (OBM) und Herr Bruhn (stellv. Sprecher KER) begrüßen die anwesenden Teilnehmenden der Sitzung.

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine und die Auswirkungen der Corona Pandemie stellen jeden auch weiterhin vor große Herausforderungen.

### zu 2 **Schulentwicklungsplan**

Frau Aubel erläutert anhand eklatanter Standorte, was konkret in der Stadt geplant ist:

- Dauerhafte Dreizügigkeit Regenbogenschule (2022/2023) und Grundschule am Humboldttring (2023/2024)
- Nach Fertigstellung der Modulanlage am Standort Heinrich-Mann-Allee erfolgt der Umzug voraussichtlich nach den Osterferien. Ab voraussichtlich dem Schuljahresbeginn 2026/2027 erfolgt der Betrieb der Grundschule mit Hort in massiver Bauweise.
- Am Standort Babelsberg/Filmpark wird zum Schuljahr 2023/2024 eine dreizügige Grundschule mit Hort errichtet. Hier erfolgt am 13.04.2022 die Grundsteinlegung
- Am Standort Krampnitz, Baufeld K7/K8, wird zum Schuljahr 2024/2025 eine dreizügige Grundschule mit Hort errichtet.
- Die Schule am Schloss (28) zieht voraussichtlich zum Schuljahr 2027/28 an den Standort Krampnitz, Baufeld WA 1.
- Am Standort Waldstadt Süd wird zum Schuljahr 2026/2027 eine Gesamtschule mit 6/3 Zügen errichtet.
- Am Standort Waldstadt Süd erfolgt zum Schuljahr 2026/2027 der Ersatzneubau der Förderschule Schule am Nuthetal (10/30).
- Nach erfolgtem Umzug der Förderschule Schule am Nuthetal (10/30) zum Standort Waldstadt Süd wird der bisherige Standort „An der Alten Zauche 2 c“ zu einem vierzügigen Gymnasium umgebaut. Am Standort wird anschließend zum Schuljahr 2028/2029 ein vierzügiges Gymnasium errichtet.
- Am Standort Jägerallee (OSZ I) wird zum Schuljahr 2022/2023 ein dreizügiges Gymnasium gegründet. Ab voraussichtlich dem Schuljahresbeginn 2027/2028 erfolgt die Fortführung als vierzügiges Gymnasium in massiver Bauweise am Standort Pappelallee.

Weiter führt Frau Aubel aus, dass die VertreterInnen der Fraktionen u.a. im Rahmen der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, wie bereits während der Erarbeitung der aktuellen Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung, über die Inhalte und die Umsetzung der Planungen informiert und in die wichtigen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Zur Abdeckung zusätzlicher Bedarfe für den 12-jährigen AHR-Bildungsgang wird die Einrichtung von Hybridzügen an den Potsdamer Gesamtschulen geprüft und bei bestehendem Bedarf, mit einem entsprechenden Votum der Schulkonferenz umgesetzt.

Bis zur Errichtung der Kapazitäten in der Sekundarstufe I sind in Abstimmung mit den weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Potsdam Übergangslösungen (zusätzliche Klassen) zu realisieren.

Betreffend des Anwahlverhaltens im Ü7 und Ü11 Verfahren führt Frau Aubel aus, dass zu den Erst- und Zweitwünschen im Übergang in die Jahrgangsstufe 11 der Landeshauptstadt Potsdam keine Daten vorliegen.

Die Anwahl im Ü7 Verfahren kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2016/2017	2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021
Oberschule	10%	11%	8%	6%	7%
Gesamtschule	49%	48%	53%	49%	50%
Gymnasium	41%	41%	39%	45%	43%

Zu der angefragten Anpassung der Leistungs- und Begabungsklassen gibt Frau Aubel an, dass gemäß §4 der Leistungs- und Begabungsklassen-Verordnung (LuBKV) im gesamten Land Brandenburg maximal 35 Leistungs- und Begabungsklassen möglich sind. Derzeit sind bereits 35 LuBKs im Land Brandenburg verortet.

Fragen der KER/KSB- Vertreter/ Vertreterinnen:

- Ist die Sanierung der Grundschule in Waldstadt ebenfalls angedacht?

Frau Aubel bejaht dies.

- Es wurde von Schließungen von Horten berichtet. Wie äußert sich die Verwaltung dazu?

Frau Aubel bestätigt, dass in der Vergangenheit eine Übererfüllung an Hortplätzen in Potsdam vorlag. Aufgrund der aktuellen Ereignisse werde man eine erneute Abwägung treffen.

- Wie wird sich die Anzahl geflüchteter Kinder auf den Potsdamer Bedarf an Plätzen auswirken? Könnte sich hier am Königsteiner Schlüssel orientiert oder der Online-Unterricht ausgeweitet werden?

Frau Aubel möchte dies ungern quantifizieren. Mit der Umsetzung der eingangs genannten Bauvorhaben, habe man eine realistische Größenordnung. Allerdings müsse man dabei denken, dass womöglich nicht alle Schülerinnen und Schüler in die jeweilige Wunschschule aufgenommen werden könne.

Der Oberbürgermeister fügt hinzu, dass es schwierig sei mit stabilen Zahlen zu arbeiten, da unklar ist, wer in Potsdam bleiben werde. Die Integration soll jedoch zu keinem Nachteil führen.

Auch die Möglichkeit des Online-Unterrichts wurde und wird bereits umfassend genutzt. Sollte die Situation jedoch länger anhalten, erfolge eine Integration in Deutschland und folglich auch im Schulsystem.

- Man wünsche sich mehr Transparenz im Ü7-Verfahren, um die Kriterien für die Aufnahme und das Verhältnis von Schulplätzen und Bewerberzahlen besser nachvollziehen zu können.

Frau Aubel und Herr Dörnbrack verständigen sich zu einem gemeinsamen Gesprächstermin.

### zu 3 Prävention

Frau Hayn stellt sich den Teilnehmenden kurz vor und führt aus, dass die Fachstelle Gesunde Stadt kontinuierlich am Zugang von Präventionsangeboten und Angeboten für die Gesundheitsförderung für das Setting Schule arbeitet.

- So gebe es den Online-Wegweiser Seelische Gesundheit. Der Wegweiser dient der Orientierung und Suche von Hilfen in der Gemeindepsychiatrie. Der Wegweiser bündelt die Angebote im Bereich Prävention, Gesundheitsförderung, Beratung und Behandlung für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger, sofern eine Einwilligung der Anbieter vorliegt. Die Anbieterlandschaft wird fortlaufend aktualisiert und erweitert. Der Online-Wegweiser wird umfangreich durch die Landeshauptstadt Potsdam beworben. Alle Schulen und Schulsozialarbeit erhalten regelmäßig Flyer und Plakate zum Wegweiser.
- Die Fachstelle Gesunde Stadt stattet sukzessiv die Schulsozialarbeiter\*innen in Potsdamer Schulen mit Netzwerkwissen und Methoden für Gesundheitsförderung und Prävention aus. Es findet eine enge Zusammenarbeit mit beiden Trägern statt.
- Alle Schulen erhalten zudem seit 2021 einen Newsletter zu den Präventionsveranstaltungen für das kommende Schulhalbjahr.
- Die Schulen können sich jederzeit an die Fachstelle Gesunde Stadt wenden.
- Die Fachstelle Suchtprävention entwickelt gemeinsam mit Akteuren aus dem System Schule eine Modellschule für Gesundheitsförderung und Prävention, die als Schablone / Best-Practice für andere Schulen dienen soll. Dazu fanden im Dezember 2021 und Februar 2022 Workshops statt. Der Prozess befindet sich im Workflow.
- Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Lebens-, Risiko- und Konsumkompetenz arbeitet fortlaufend an der Verbesserung der Angebote in der Stadt und auch an deren Bekanntmachung.
- Das Förderprogramm PLuS steht den Schulen zur Verfügung.
- Ein Gesundheitsportal ist geplant, voraussichtlich für 2024/25.

Auf Wunsch wird der Kontakt von Frau Hayn, dem Protokoll nachfolgend hinzugefügt:

#### **Frau Katrin Hayn**

**Funktion** Koordinatorin Suchtprävention

**Telefon** +49 331 289-2355

**E-Mail-Adresse** [Gesunde.Stadt@rathaus.potsdam.de](mailto:Gesunde.Stadt@rathaus.potsdam.de)

#### Fragen der KER/KSB- Vertreter/ Vertreterinnen:

- Könnte man die Lehrkräfte und ErzieherInnen psychologisch mitbefähigen, um die betreffenden Schülerinnen und Schüler frühzeitig aufzufangen?

Frau Hayn führt dazu aus, dass dies nicht in Kürze umzusetzen sei. SchulsozialarbeiterInnen und die Suchtpräventionsfachstelle prüfen die Bedarfe und bilden die Mitarbeitenden fort.

- Könnte die Teilnahme an Präventionskursen verpflichtend eingeführt werden?

Frau Hayn erklärt, dass der Rahmenlehrplan der Schulen in Brandenburg Prävention dem Grunde nach vorsieht, die Umsetzung jedoch nicht vorgegeben sei und dementsprechend die Schulen dies in unterschiedlichem Umfang und Qualität durchführen. Die Anfragen zu Gesundheitsförderung und Prävention, vor allem im psychosozialen Bereich, nehmen derzeit zu.

#### **zu 4                    Kostenloses Schülerticket**

Frau Aubel informiert zum aktuellen Sachstand zwecks Einführung eines kostenlosen Schülertickets. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) des Landes Brandenburg hatte der VBB GmbH im April 2020 den Auftrag erteilt, ein Gutachten zum Thema: „Verbesserungen für Schüler\*innen vor dem Hintergrund von Tarifharmonisierung und Tarifvereinfachung“ zu erarbeiten (Auftrag aus dem Koalitionsvertrag).

Das MIL hat dazu die folgenden Prüffragen untersuchen lassen:

1. verbundweites 365 Euro Ticket für Schüler (analog VBB-Abo Azubi),
2. kostenloses Wohnort-Schule-Ticket für Sekundarstufe 1 und/oder 2,
3. kostenloses Brandenburg weit gültiges Schülerticket (analog Berlin AB),
4. Erhöhung der Rabattierung des VBB Schülertickets von 25% auf 50% (analog Mobilitätsticket Brandenburg),
5. innovative Vorschläge für bestehende Tarifprodukte oder andere Alternativen für Verbesserungen für Schüler\*innen.

Die Aufgabenstellung der Untersuchung forderte, die regionalen Besonderheiten der unterschiedlichen Schülertarifierung der beiden Ländern Berlin und Brandenburg zu betrachten. Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertreter\*innen der VBB GmbH, der Länder Berlin und Brandenburg, der Landkreise/kreisfreien Städte und der Verkehrsunternehmen gebildet, welche nach einer Corona bedingten Verzögerung im Dezember 2020 die Arbeit aufgenommen hatte. In weiteren vier Arbeitsgruppensitzungen wurden unter Leitung der VBB-Tarifabteilung die Aufgabenstellungen diskutiert und bearbeitet.

Anfang September 2021 wurden die ersten Prüfergebnisse allen Landkreisen und kreisfreien Städten präsentiert. Im Ergebnis wurde das Prüffrage 4 „Erhöhung der Rabattierung des VBB Schülertickets von 25% auf 50% zur Umsetzung empfohlen. Erste Hochrechnungen des VBB ergaben, dass bei einer Umsetzung des Prüffrages 4 Mindereinnahmen in Höhe von ca. 17 Mio. Euro durch das Land Brandenburg auszugleichen wären.

Das Land Brandenburg müsste die benötigten Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsanmeldungen berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund sind in der LHP die eigenen Bemühungen bezüglich dieses Themas zunächst zurückgestellt worden. Die Entscheidung des Landes soll abgewartet werden.

Auf aktuelle Nachfrage beim MIL ist eine abschließende Entscheidung zur Umsetzung noch nicht getroffen wurden.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Schülertarife in Brandenburg nicht kurzfristig geändert werden können. Nach einer Entscheidung durch das Land Brandenburg sind noch weiterführende Detailarbeiten z.B. Erarbeitung eines geeigneten Abrechnungsverfahrens, Schaffung der vertraglichen Regelungen, erforderlich. Des Weiteren muss eine Beschlussfassung in den VBB-Gremien erfolgen. Eine mögliche Umsetzung wäre frühestens zum Schuljahreswechsel 2023/2024 möglich.

Der Oberbürgermeister fügt hinzu, dass in den VBB-Gremien jedes Land / Landkreis / Kreisfreie Stadt eine Stimme erhalte. Letztendlich ist die Frage der Kosten die entscheidende.

#### Fragen der KER/KSB- Vertreter/ Vertreterinnen:

- Kann die Landeshauptstadt Potsdam dieses kostenlose Schülerticket selber einführen oder ginge es nur im Verbund?

Der Oberbürgermeister erklärt, dass dies nur im Verbund zu klären sei. Entweder schließe man sich mit den umliegenden Landkreisen zusammen oder man führe ein eigenes Schülerticket ein. Dabei sollten die Schülerinnen und Schüler in Potsdam der umliegenden Landkreise oder Potsdamer Schülerinnen und Schüler, die in auswärtige Schulen gehen, mitbedacht werden.

- Ab wann erfolgt in bestimmten Fällen die Erstattung der Ticketkosten? Der Fragesteller bringt hierbei ein direktes Beispiel, in dem die Familie Hartz IV beziehe und für die Erstattung der Kosten ca. 1km Strecke fehle.

Der Oberbürgermeister bittet in diesem speziellen Fall, den Kontakt mit den zuständigen Kolleginnen und Kollegen zu suchen, um eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen.

## **zu 5 Schulsozialarbeit**

Frau Aibel führt aus, dass die primären Zielgruppen der Schulsozialarbeit alle Schülerinnen und Schüler einer Schule sind.

Die Anzahl der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter soll dabei die kommenden Jahre ansteigen:

Schuljahr 2021/2022: 39

Schuljahr 2022/2023: 44

Schuljahr 2023/2024: 47

Mit dem Schuljahr 2023/2024 werden die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764) erfüllt, d.h. es wird Schulsozialarbeit an allen staatlichen Potsdamer Schulen verankert sein.

Daneben gibt es in Potsdam seit diesem Schuljahr zusätzlich die Integrationsschulsozialarbeit, welche an zwei Schulen (Weidenhof-Grundschule und Theodor-Fontane-Oberschule) als Pilot eingeführt wurde.

Weiter gibt es auch den Landes-Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona - Stärkung durch Schulsozialarbeit“ (CAAP-SSA). Dieses Programm dient als Unterstützung der Schulsozialarbeit durch schulübergreifende Projekt-/sozialpädagogische Gruppenarbeit mit mobilem Einsatz und Beratung. Der Förderzeitraum erstreckt sich von 01.01.2022 bis 31.07.2023. In Potsdam wurde das Programm mit drei Stellen zum 01.02.2022 gestartet.

Nach der Erfüllung der vorgenannten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung mit dem Schuljahr 2023/2024 steht grundsätzlich die Frage der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam, u.a. bzgl. der gestellten Frage, aber auch hinsichtlich des Umgangs mit unterschiedlichen (Mehr-) Bedarfen an den bereits mit Schulsozialarbeit ausgestatteten Schulen in Bezug auf Größe, Zusammensetzung und Besonderheiten der jeweiligen Schülerschaft.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist bestrebt, mit dem Landesaktionsprogramm „Aufholen nach Corona – Stärkung durch Schulsozialarbeit“ den bereits seit Jahren verfolgten Weg der Etablierung von Schulsozialarbeit an allen staatlichen Potsdamer Schulen bis 2023/2024 sowie deren Ergänzung um Integrationsschulsozialarbeit weiterzuverfolgen.

Fragen der KER/KSB- Vertreter/ Vertreterinnen:

- An einem bestehenden Beispiel wird sich erkundigt, wie die Verwaltung mit länger erkrankten Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern umgehe.

Frau Aabel merkt an, dass die Stellen erst neu besetzt werden können, wenn die Lohnfortzahlung ende. Allerdings haben die krankheitsbedingten freien Stellen bei einer Ausschreibung wenig Aussicht besetzt zu werden.

In diesen Fällen könnte möglicherweise eine Art Pool als Lösungsansatz unterstützen.

- Sind Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zwischen den Schulen flexibel einsetzbar?

Frau Aabel nimmt diese Frage auf und wird sie mit den Trägern besprechen.

- Wird der Einsatz von einer/m Schulsozialarbeiterin und Schulsozialarbeiter pro Schule seit der Corona-Pandemie nicht als zu gering eingeschätzt? Es gebe immer mehr Schülerinnen und Schüler, die betreut werden müssten. Könnte man in diesen Fällen auch die Lehrkräfte durch Fortbildungen unterstützen?

Frau Aabel gibt an, diesen Gedanken bei der Verlängerung/Neuaufgabe anzugehen. In Bezug auf die Fortbildungen der Lehrkräfte verweist sie auf das Staatliche Schulamt.

Herrn Dörnbrack erklärt, dass es Programme für Lehrkräfte gebe, diese jedoch aufgrund der Pandemie nicht umfangreich ausgeführt wurden. Dies werde sich wieder ändern und die jeweiligen Schulleitungen können ihre Bedarfe beim Schulamt anmelden.

- Wie wird die Schulsozialarbeit an Schulen in freier Trägerschaft finanziert?

Herr Dörnbrack gibt an, dass dies die Träger übernehmen.

zu 6

### **Digitalpakt/IT**

Herr Morgenstern-Jehia führt wie folgt aus:

#### IT-Ausstattung und Konzept

Die Begründungen für einen lernortunabhängigen Einsatz mobiler schulischer Endgeräte sind aus der Sicht der LHP plausibel. Daher wurde bereits mit der Bereitstellung der iPads durch die LHP entschieden, dass es seitens der LHP hier keine Einschränkungen für einen mobilen Einsatz der iPads geben soll. Darüber wurden die Schulen (und auch der KER) auch informiert. Einzige Voraussetzung für die Mitnahme der iPads durch die SuS ist die vorherige Unterzeichnung einer Nutzungsvereinbarung nach den Vorgaben der LHP zwischen der Schulleitung und dem/der Sorgeberechtigte/n. Inwieweit die Schulen diese Möglichkeit nutzen ist hier nicht bekannt.

Hinsichtlich der Internetanbindung außerhalb der Schule können durch die LHP keine Angebote unterbreitet werden. Die in Fußnote 3 vorgeschlagene Variante der Nutzung von Tethering (also die Nutzung eines durch ein mobiles Endgerät bereitgestellten WLAN) ist bereits gegeben. Tethering wird durch das iPad analog dem normalen WLAN interpretiert.

Hinsichtlich der Fragestellung zum Konzept für den Support kann auf die laufende Ausschreibung (Ende der Angebotsfrist 25.04.2022) verwiesen werden. Im Ergebnis der Beauftragung zu dieser Vergabe soll der technische Support an den Schulen vollständig durch einen Dienstleister erbracht werden. Dafür werden mit diesem u.a. sogenannte Service-Level-Agreements (SLA) abgeschlossen, in welchen, verkürzt ausgedrückt, je nach Bedeutung der Störung abzusichernde Reaktionszeiten bzw. Störungsbeseitigungszeiten vereinbart werden. Die Vertragslaufzeit beträgt 24 Monate und kann zweimal um 12 Monate verlängert werden. Weiterhin werden den Schulen bereits schrittweise von diesen gewünschte Administrationsrechte übertragen. Bei bereits 11 Schulen ist dies realisiert.

Zu der Fragestellung BYOD kann ausgeführt werden, dass die technischen Voraussetzungen (Netzwerk) sukzessive sichergestellt werden. Die Verpflichtung zum Kauf eines eigenen Endgerätes durch die Sorgeberechtigten wird durch die Verwaltung nicht unterstützt, da es dafür u.a. keine Rechtsgrundlage gibt. Die Umsetzung von BYOD erfordert zunächst eine konzeptionelle Betrachtung und Planung.

Die Frage hinsichtlich der Handhabung von Technikausfällen im Zusammenhang mit Abgabefristen gegenüber den Schulen kann durch die LHP nicht beantwortet werden. Dies betrifft die inneren Schulangelegenheiten.

Die Frage nach einem Konzept zur Sicherstellung des Distanzunterrichts für den Herbst 2022 erfordert zunächst ein Konzept durch das Schulamt bzw. die Schulen (innere Schulangelegenheiten).

Die bisherige Verteilung mobiler Endgeräte (hier iPads) für die Schulen erfolgte in Analogie zu den lehrmittelbefreiten SuS.



Die Anregung zur statistischen nicht Berücksichtigung von Geräten, welche ihr wirtschaftliches Lebensalter überschritten haben, kann nachvollzogen werden. Vorgeschlagen werden kann, dass diese nicht ganz aus den Meldungen entfallen, sondern gesondert ausgewiesen werden. Hierfür bedarf es aber zunächst einer umfassenden Bestandserhebung, weshalb dies unter Würdigung der Priorisierung der Aufgabenerledigung erst in 2023 umgesetzt werden kann. Die Fragestellung, bis wann die in den MEP beschriebenen Bedarfe vollständig umgesetzt werden können, also insbesondere die Finanzierung aus dem kommunalen Haushalt ermöglicht wird, kann derzeit nicht beantwortet werden. Dies muss in den kommenden Haushalten Berücksichtigung finden.

### Ausstattung Lehrkräfte

Die divergierenden Auffassungen zwischen der LHP und dem Land wurden bisher nicht ausgeräumt. Der Standpunkt der LHP ist unverändert ablehnend, insbesondere da die LHP nicht Dienstherr der LuL ist.

Hinsichtlich der Ausleuchtung mit WLAN sowie der angemessenen Breitbandanbindung soll bis Ende 2024 folgendes erreicht werden. WLAN soll im gesamten Schulgebäude (außer Sanitär- und Lagerräume sowie Treppenhäuser) nutzbar sein. Alle Schulen sollen mit einer ausreichenden und stabilen Glasfaseranbindung (technisch: Fibre-to-the-Building (FTTB)) versorgt werden. Für die WLAN-Ausstattung werden im Rahmen des DigitalPaktes zunächst die erforderlichen Baumaßnahmen realisiert (strukturierte Verkabelung) sowie die Netzwerktechnik bereitgestellt. Für die Glasfaseranbindung wird hier derzeit eine Ausschreibung vorbereitet. Gleichzeitig wird aber auch gehofft, dass hier seitens der Landesregierung eine wirksame Unterstützung erfolgt. Die eigenen Aktivitäten werden aber unbeschadet dessen intensiv weitergeführt.

Hinsichtlich der Administrationsrechte wird auf die obige Ausführung im Zusammenhang mit dem Support verwiesen.

### Nutzung von Microsoft Produkten für Schulpersonal und SuS

Die Aussage zu einer kostenlosen Produktbereitstellung durch die Fa. Microsoft bezieht sich auf das Produkt Microsoft (vormals Office) 365 sowie MS Teams. Hierbei handelt es sich um eine Cloud-Version, welche nach aktuellem Stand nicht den Bestimmungen der EU-DSGVO entspricht und durch die LDA nicht freigegeben ist.

Die Verantwortung für den Datenschutz an den Schulen obliegt nicht dem Schulträger, sondern der jeweiligen Schulleitung.

### Stand des Ausbaus

Die Qualität der Breitbandanbindung ist dynamisch. Durch die LHP werden regelmäßig die Netzanbieter zu einer möglichen Bandbreitenerweiterung angefragt. Sofern diese möglich ist, erfolgt auch immer die Beauftragung. Insgesamt ist der Status quo nicht zufriedenstellend. Es wird auf die Maßnahmen zur Verbesserung weiter oben verwiesen.

Eine Priorisierung bei der Umsetzung der Breitbandanbindung ist zunächst nicht vorgesehen, kann aber im Bedarfsfall realisiert werden. Jedoch sollte unter dem Gesichtspunkt der tatsächlichen Realisierungsmöglichkeit eine flexible Handhabung angewendet werden.

### Fragen der KER/KSB- Vertreter/ Vertreterinnen:

- Wer ist für die Verteilung und Planung der IT-Ausstattung der Schulen verantwortlich und nach welchen Kriterien werden die Mittel bewilligt?

Aktuell ist hier der Fachbereich E-Government zuständig, so Herr Morgenstern-Jehia. Kriterien sind dabei die MEP, technische Standards, finanzielle Rahmenbedingungen und Komplexität der Beschaffungen sowie Implementierungen.

- Was spricht gegen andere Betriebssysteme und günstigere Endgeräte. Welche Kriterien gibt es bei der Auswahl der Geräte?

Herr Morgenstern-Jehia erklärt, dass die Auswahl der Betriebssysteme unter verschiedenen technischen, fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Bspw. ist zu berücksichtigen, welche Schul-Apps genutzt werden sollen, wie die Geräte administriert werden können und wie die Sicherheit nachhaltig gewährleistet werden kann.

- Herr Dörnbrack stellt klar, dass das voran genannte Distanzlernkonzept durch jede Schule erstellt werde. Die Schulen sollten diese der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Der Oberbürgermeister nimmt die Information dankend zur Kenntnis und bittet Frau Aabel um die Sammlung der Konzepte und Weiterleitung an den Fachbereich E-Government.

- Wenn Ende 2024 die hinreichende Bandbreite in den Schulen vorliegen soll, was passiert Ende 2022, wenn wieder der Distanzunterricht gelte? Können Lehrpläne digital für die Eltern zur Verfügung gestellt werden?

Herr Dörnbrack erklärt, dass es eine Fortbildung für Lehrkräfte geben soll.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass Distanzlernen und Medienentwicklungspläne zusammen funktionieren müssen.

Frau Aabel sagt, dass man ein kommunales Rahmenkonzept entwickeln werde und für dieses die Medienentwicklungspläne benötige.

- Kann den Schulen der Servicekatalog für den Support zur Verfügung gestellt werden?

Der Oberbürgermeister bejaht dies, vorausgesetzt sie sind öffentlich zugänglich.

- Bei der Ausstattung müssen auch die Lehrkräfte Beachtung finden.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass für die Ausstattung der Lehrkräfte der Arbeitgeber, in diesem Fall das Land Brandenburg, zuständig ist.

- Wie wird die private Initiative von drei Potsdamer Schulen gesehen, die sich die Technik selbständig beschafft haben.

Frau Aibel bedankt sich für die Bereitschaft, dennoch wird die Initiative kritisch gesehen. Dies sei Aufgabe der Kommune. Auch müssen alle Schülerinnen und Schüler gleichbehandelt werden. Man werde mit Beginn der 7. Klassenstufe alle Schülerinnen und Schüler ausstatten und dies sukzessive in den Jahren weiterführen.

- Wann könne dieses Rahmenkonzept vorliegen?

Frau Aibel gibt eine zeitliche Orientierung. So könne im September das Konzept erarbeitet sein. Die Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung würde im Dezember vorliegen und die Umsetzung könnte im kommenden Jahr 2023 beginnen.

Sie möchte zudem auch Gespräche mit den Schulen, Eltern und Schülerinnen und Schülern führen, um Bedarfe entsprechend ermitteln zu können.

- Die Pandemie habe deutlich gemacht, dass einzelne Schulleitungen ihren Aufgaben nicht mehr entsprechend nachgehen konnten. Wäre es möglich zukünftig Schulleitungen in Doppelspitze (Verwaltung und inhaltliche Leitung) zu besetzen?

Mit Verweis auf Herrn Dörnbrack antwortet dieser, dass diese Anfrage bereits bekannt war und an das Land weitergegeben wurde. Die Entscheidung liege dort.

Der Oberbürgermeister dankt allen Teilnehmenden für den konstruktiven Austausch.

**Gez. F. d. R.** Katharina Tennigkeit  
Protokollantin, Büro des Oberbürgermeisters

# Kreiselternrat Potsdam

E-Mail: ker.potsdam@gmail.com | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

## PROTOKOLL der Sitzung des Kreiselternrats Potsdam

Datum: 05.05.2022  
Beginn: 17.30 Uhr  
Ende: 21.00 Uhr  
Ort: Schulzentrum am Stern

Gäste: Sabine Hummel (Staatl. Schulamt BRB)  
Juliane Mutschischk (Polizeiinspektion Potsdam, Team Prävention)  
Simon Friedrich-Raabe (Schulleiter Schulzentrum am Stern)  
Antje Eifrig (TOP 7)

Protokoll: Jürgen Weckert-Mattern

---

### Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung  
TOP 2 Vorstellung Schulzentrum am Stern & kleiner Rundgang  
TOP 3 Vorstellung Präventionsarbeit der Polizei Potsdam & Schwerpunktthema „Schutz vor Belästigung auf dem Schulweg“  
TOP 4 Schul-Schwimmunterricht in Potsdam – Meinungsabfrage und Diskussion  
TOP 5 Beschulung ukrainischer Kinder  
TOP 6 Antrag auf Änderung des Schulgesetzes § 81 (1) und § 46 (5)  
TOP 7 LER: „Abschaffung von MSA-Prüfungen an Gymnasien“  
TOP 8 Bericht aus den Gremien  
TOP 9 Bericht von der Sitzung mit dem Oberbürgermeister

---

### TOP 1

Kurze Begrüßung durch die Sprecherin und Dank an Herrn Friedrich-Raabe für die Möglichkeit, in den Räumen des SZaS zu tagen.

### TOP 2

- Interessante Einblicke in das Konzept der Schule
- Allg. große Zustimmung zum Konzept
- Herr Friedrich-Raabe bietet an, zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich über das Konzept der Montessori-Schule zu referieren

## TOP 3

- Polizei-Team Prävention 7 Mitarbeiter für Potsdam und Umland

Vorstellung der Präventionen:

- Verkehrsunfallprävention – Grundschule
- Ausbildung von Schülerlotsen
- Klasse 2 und 3 – Distanz zu Fremden
- Gewaltprävention (auch Cybermobbing) - 5./6. Klassen
- Drogenprävention – 7./8. Klassen
- Oberstufenzentrum speziell Verkehrsprävention (Rauschmittel, Alkohol, allg. Drogenkonsum mit Unfall-Simulator mit praktischer Anwendung
- Buchungen über die Schulleitungen
- Seniorenprävention (Betrug, Diebstahl, Enkeltrick)
- Firmenprävention (aggressive Kundschaft)

Örtliche Schwerpunkte in Potsdam:

- Schiffbauergasse, Freundschaftsinsel, Badestelle Heiliger See
- Bei Vorfällen und Delikten sofort die Polizei informieren! Stellen Eltern oder SuS Drogendelikte im Umfeld der Schulen fest, umgehend die Polizei informieren! Hinweis: die Kinder nur einmal befragen, jede weitere Befragung übernimmt die Polizei!
- Private Prävention
- Einbruch
- Fahrraddiebstahl
- Kodierung der Fahrräder – Termine unter [www.Polizei-Brandenburg.de](http://www.Polizei-Brandenburg.de)
- Angebot der Fahrradkodierung auch an Schulen möglich (Voraussetzung Eigentumsnachweis)

Kontaktdaten:

Juliane Mutschischk  
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13 / 14467 Potsdam  
Telefon: 0331 5508-1080  
E-Mail: [Juliane.mutschischk@polizei.brandenburg.de](mailto:Juliane.mutschischk@polizei.brandenburg.de)

## TOP 4

Zur gestellten Abfrage gingen zahlreiche Rückmeldungen ein. Sehr oft wurde die Art der Kommunikation und der Umgang der Schwimmlehrer\*innen mit den SuS kritisiert.

Als Ursachen/Probleme wurden folgende Punkte analysiert:

- Zeitdruck
- Verantwortung des Lehrpersonals
- zu viele Kinder
- z. T. lange Anfahrtswege zur Schwimmhalle

Einigkeit besteht darüber, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden müssen, z. B. sollte seitens des MBS/Schulamtes darüber nachgedacht werden, das Konzept anzupassen und/oder das Zeitfenster für den Schwimmunterricht zu vergrößern.

Frau Hummel empfiehlt bei Konflikten direkt auf den/die Schwimmlehrer\*in zuzugehen und bei Bedarf in die Klasse/Elternkonferenz einzuladen. Frau Hummel wird die Thematik mitnehmen und informieren, dass das MBS eine Umfrage zur Schwimmfähigkeit der SuS erstellt.

## TOP 5

- in Potsdam relativ entspannte Lage
- Primar 80 SuS / SEK I 70 SuS / SEK II 11 SuS
- PM und TF ist die Lage angespannter durch mehr Anmeldungen
- viele ukrainische Kinder bevorzugen den „online“ Unterricht mit ukrainischem Lehrpersonal
- Einrichtung von Vorbereitungsgruppen (Willkommensklassen)
- Verantwortung liegt beim Schulrat Kirschner (*nachträgliche Anm.: ändert sich demnächst*) und Frau Albrecht
- Helmholz-Gymnasium (18 SuS)
- Waldstadt-Grundschule (11 SuS)
- 4 ukrainische Lehrkräfte sind zusätzlich in Potsdam eingesetzt
- 20 Lehrkräfte mit ukrainischem Hintergrund mit jeweils 27 Stunden sind als zusätzliches Lehrpersonal im Einsatz
- momentaner Stand der Schulanmeldungen liegt bei 229 SuS
- allerdings ist die Fluktuation zwischen Anmeldung und der Teilnahme am Präsenzunterricht und dem bevorzugten „online“ Unterricht sehr groß
- großes Thema die Traumata-Bewältigung
- Waldstadt-Grundschule wird am 11.05. zur Verbesserung der Integration der SuS und Eltern ein Schulcafe eröffnen
- Gewalt zwischen SuS aus der Ukraine/Russland sind in Potsdam nicht bekannt

## TOP 6

- Frau Hummel
  - Schullandschaft hat sich verändert
  - man muss darüber nachdenken, hier anzupassen
  - plädiert dafür, den Antrag an das Ministerium weiterzuleiten
- rege Diskussion zum Für und Wider
- eine AG (Rosner, Hoffmann, Hasenstein, Hagemann) wird den Antrag für eine Abstimmung in der nächste KER-Sitzung vorbereiten

## TOP 7

Seitens des MBS wurde das Thema neu aufgeworfen (siehe dazu PM rbb24.de) Neben Brandenburg gibt es nur noch drei Bundesländer (Hamburg, Berlin, Hessen) an denen gesonderte Prüfungen für den MSA an Gymnasien geschrieben werden. Jan Krütze (LER) bat um erneute Bestätigung des Votums aus dem vergangenen Jahr, dass sich der KER für die Abschaffung von MSA-Prüfungen an Gymnasien ausspricht, da der LER eine fürsprechende PM zur Thematik verabschieden möchte.

Dies führte zu einer regen Diskussion, vor allem, da den neuen KER-Mitgliedern diese Thematik unbekannt war. Jan Krütze wird zur nächsten Sitzung eine entsprechende Zuarbeit vorbereiten. Frau Hummel nimmt offene Fragen mit und wird prüfen, welche Regelungen es in den restlichen Bundesländern dazu gibt. Das Votum wird auf die nächste Sitzung vertagt.

## Kreiselternrat Potsdam

E-Mail: [ker.potsdam@gmail.com](mailto:ker.potsdam@gmail.com) | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

### TOP 8

vertagt

### TOP 9

vertagt

Die nächste Sitzung findet am 07.06.2022, 18.00 Uhr in der Grundschule am Jungfernsee statt.  
Einladung folgt.

Annett Hagemann-Rentzsch  
Sprecherin

Jürgen Mattern  
stellv. Sprecher

Mandy Ballwanz  
stellv. Sprecherin

Paul Bruhn  
stellv. Sprecher

abgestimmt

# Kreiselternrat Potsdam

E-Mail: ker.potsdam@gmail.com | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

## PROTOKOLL der Sitzung des Kreiselternrats Potsdam

Datum: 07.06.2022  
Beginn: 18.00 Uhr  
Ende: 21.15 Uhr  
Ort: Grundschule am Jungfernsee

Gäste: Sabine Hummel (Staatl. Schulamt BRB)  
Kathrin Tabor-Nowitzki (stellv. Schulleiterin)

Protokoll: Paul Bruhn

---

### Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung & Organisatorisches
  - TOP 2 Vorstellung Grundschule Am Jungfernsee & ggf. kurzer Rundgang (K. Tabor-Nowitzki)
  - TOP 3 Umfrage: Brauchen Potsdamer Schulen Verwaltungsleiter:innen? (Stefanie Schuster)
  - TOP 4 Abstimmung zum Antrag auf Änderung des Schulgesetzes (Ulf Rosner)
  - TOP 5 LER: Aufholen nach Corona (Jan Krütze)
  - TOP 6 LER: Abschaffung MSA-Prüfungen an Gymnasien (Jan Krütze)
  - TOP 7 LER: Votum zum Positionspapier des KER OHV
  - TOP 8 Berichte aus den Gremien
  - TOP 9 Bericht von der Sitzung mit dem Oberbürgermeister (Teilnehmer)
  - TOP 10 Sonstiges
- 

### TOP 1

Begrüßung der anwesenden Mitglieder und Gäste durch die KER-Sprecherin Annett Hagemann-Rentsch. Feststellung der Beschlussfähigkeit des Gremiums.

### TOP 2

Die stellv. Schulleiterin Frau Kathrin Tabor-Nowitzki stellt die relativ neue Schule vor. Diese wurde im Jahr 2020 bezogen, vorher waren die SuS und LuL in Containern untergebracht. In diesem Schuljahr werden erstmalig Absolventen der sechsten Klasse verabschiedet, zum nächsten Schuljahr wird dreizügig aufgenommen. Aktuell sind ca. 270 SuS und ca. 24 Kolleg:innen an der Schule. Das Motto ist „Miteinander - Gemeinsam läuft's!“. Die Jahrgänge 1 - 3 werden in gemischten Gruppen unterrichtet. Beim anschließenden Rundgang wurde die Flexibilität der Schule hervorgehoben, viele Räume lassen sich trennen bzw. zusammenlegen, um sie den Gruppengrößen entsprechend anzupassen. Statt Tafeln und Whiteboards gibt es vier mobile digitale Panels. In das Gebäude integriert sind Freiluftklassenzimmer unter freiem Himmel.



# Kreiselternrat Potsdam

E-Mail: ker.potsdam@gmail.com | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

## TOP 3

Eine nicht-repräsentative Vorabstimmung des Fragebogens war erfolgreich, es finden aber noch weitere Abstimmungen und ggf. Anpassungen aufgrund von Rückmeldungen von LuL sowie Schulleiter:innen statt. Dazu soll gezielt nach aktuellen Problemen in den Schulen gefragt werden. Eine Verteilung des finalen Fragebogens kann ggf. über Herrn Dörnbrack erfolgen.

Es stellt sich die Frage nach dem notwendigen Personal. Da es sich um Verwaltungspersonal handelt, gibt Frau Hummel zu bedenken, dass das nicht Aufgabe des Schulamts ist. Die Zuständigkeitsfrage wird als mögliche Bremse des Vorhabens angesehen. Es sind auch noch weitere offene Fragen zu klären.

Im Jahr 2019 wurde bereits ein Brief an das MBS geschrieben, der von allen Schulleiter:innen der Potsdamer Grundschulen unterschrieben wurde. Darin wurde die Aufstockung der Stunden für die Verwaltungstätigkeiten gefordert – bisher ohne nennenswerten Erfolg.

Die Diskussion während der Sitzung ergab, dass das primäre Ziel zunächst die Erfassung der Verwaltungsaufgaben ist. Dabei wurde auch die Frage gestellt, ob der KER das richtige Gremium für dieses Anliegen ist. Es wurde angeregt, den derzeitigen Fragebogen über den KSB bzw. die stellvertretende KSB-Vorsitzende Franka Herold in den KLR zu bringen und von dort aus an die Schulen zu verteilen. Damit soll eine Liste an Forderungen zusammengestellt werden, die ggf. als offener Brief oder als Pressemitteilung veröffentlicht wird.

Jan Krütze nimmt das Thema auch mit in die LER-Sitzung am 11. Juni 2022, bei der Herr Fuchs von der Lehrer-gewerkschaft anwesend sein wird.

## TOP 4

Es geht um die fortlaufende Unterstützung und Vertretung der (noch nicht volljährigen) Schüler der Jahrgangsstufe 13 an Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe. Das Brandenburgische Schulgesetz verhindert in seiner heutigen Ausgestaltung die Wahl einer Elternvertretung in Jahrgangsstufe 13, wenn mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Der KER stimmt diesem Antrag zu

(Ja: 12 / Enthaltungen: 1 / Nein: 0)

Das Ergebnis wird an den KSB weitergegeben.

## TOP 5

Jan Krütze stellt die Präsentation zum Thema vor. Der KER stimmt einstimmig für das geplante weitere Vorgehen zur Öffentlichkeitsarbeit wie in der Präsentation vorgestellt

## TOP 6

Jan Krütze stellt die Problematik vor, die nachfolgende Diskussion ergibt kein klares Stimmungsbild, daher wird er sich bei der anstehenden Abstimmung im LER enthalten. Er nimmt aber die Fragen mit in die LER-Sitzung.

## TOP 7

Jan Krütze präsentiert die Forderungen des KER OHV zu Maßnahmen in der Pandemie.

Antrag 1 umfasst die weitere Durchsetzung der AHA+L-Regelungen, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt von den Experten empfohlen wird.

Der KER Potsdam unterstützt diesen Antrag

(Ja: 11 / Enthaltungen: 0 / Nein: 1)

Antrag 2 behandelt die in Grundschulen erfolgreich getesteten Lolli-Pool-Test. Diese sollen auch in weiterführenden Schulen eingeführt werden.

Der KER Potsdam unterstützt diesen Antrag nicht

(Ja: 3 / Enthaltungen: 3 / Nein: 6)

# Kreiselternrat Potsdam

E-Mail: ker.potsdam@gmail.com | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

## TOP 8

### LER:

- es fanden Wahlen statt;
- eine AG zu Änderung der Geschäftsordnung wurde gebildet, um in Zukunft Hybridsitzungen (gleichzeitig in Präsenz und Zuschaltungen mit digitalen Geräten) zu ermöglichen;
- eine weitere AG widmet sich dem Schulessen und ggf. der Anpassung bzw. Auslegung des Schulgesetzes §130: Die Vorgaben für Preis und Qualität sind zu schwammig formuliert;
- nach dem Ausscheiden des Vorsitzenden Herr René Mertens diskutiert der LER über die Nachfolge bzw. Vertretung der stellvertretenden Vorsitzenden und das Stimm- bzw. Rederecht von stellv. Mitgliedern;
- weitere Themen waren die LuBK-Klassen und andere Arbeitsgruppen.

### KSB:

- die AG Digital hielt eine Präsentation zur Digitalausstattung von Lehrkräften;
- Weiteres Thema war das Führen von Klassenkonten durch die Verwaltung;

### Bildungsausschuss:

- Vertreter:innen der drei H-Gymnasien stellten 4 Anträge zum Thema „digitales Arbeiten an Potsdamer Schulen“
- Bericht IT an Schulen

## TOP 9

Themen auf der gemeinsamen Sitzung von KER/KSB mit dem OBM waren vor allem die Suchtprävention, das kostenlose Schülerticket, die Schulsozialarbeit und der Digitalpakt IT. Details können dem Sitzungsprotokoll entnommen werden (KER Website).

Festgehalten wurde, dass das Protokoll zur Sitzung von der Pressesprecherin des Rathauses verfasst wurde, in Zukunft sollten ggf. KER/KSB diese Aufgabe zukünftig selbst übernehmen.

## TOP 10

Die geplante Akteneinsicht wird weiterhin blockiert, die Möglichkeiten wurden bereits ausgeschöpft, nun wären rechtliche Schritte notwendig.

Trotz des Neubaus eines Gymnasiums gibt es weiterhin nicht genügend Plätze, derzeit sind noch 40 Grundschüler:innen mit Gymnasialwunsch ohne Platz.

Die nächste Sitzung findet im neuen Schuljahr statt. Die Einladung folgt.

### Anlage

Schulschwimmen im Land Brandenburg und der Stadt Potsdam

Annett Hagemann-Rentzsch  
Sprecherin

Jürgen Mattern  
stellv. Sprecher

Mandy Ballwanz  
stellv. Sprecherin

Paul Bruhn  
stellv. Sprecher

# Kreiselternrat Potsdam

E-Mail: ker.potsdam@gmail.com | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

## PROTOKOLL der Sitzung des Kreiselternrats Potsdam

Datum: 17.10.2022  
Beginn: 18.00 Uhr  
Ende: 20.19 Uhr  
Ort: Voltaire-Gesamtschule

Gäste: Sabine Hummel (Staatl. Schulamt BRB)  
Annegret Lauffer (FBL Bildung, Jugend und Sport)  
Andreas Meyer (Elternvertreter Schulzentrum am Stern)

Protokoll: Paul Bruhn

---

### Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung  
TOP 2 (Nach)Wahlen  
TOP 3 Preisentwicklung Mittagessen an Potsdamer Schulen  
TOP 4 Stand Abfrage Ü7-Verfahren (AG Ü7 KSB)  
TOP 4 Bericht aus den Gremien  
TOP 5 Sonstiges

---

### TOP 1

Die Mitglieder des KER und die anwesenden Gäste wurden durch die Sprecherin Annett Hagemann-Rentzsch begrüßt.

### TOP 2

Es wurden 2 Stellvertreter für den Landeselternrat (LER), 3 Stellvertreter für den Kreisschulbeirat (KSB), 1 entsendetes stellv. Mitglied in den Jugendhilfeausschuss (JHA) und 1 entsendetes Mitglied in den KIS-Werksausschuss (KIS) gewählt:

Peter Grabs, Stellvertreter LER (17 Stimmen dafür, 1 Enthaltung, 0 Stimmen dagegen)

Harald Bartke, Stellvertreter LER (16-2-0)

Jochen Heiß, Stellvertreter KSB (18-0-0)

Peter Grabs, Stellvertreter KSB (18-0-0)

Maria Werner, Stellvertreterin KSB (18-0-0)

Sina Hartan, entsendetes stellv. Mitglied des KER in den JHA (18-0-0)

Harald Bartke, entsendetes Mitglied des KER in den KIS Werksausschuss (16-2-0)

## TOP 3

Frau Lauffer gab einen Überblick über die aktuelle Situation. Insbesondere ging sie auf die Unterschiede an verlässlichen Halbtagsgrundschulen (VHG) ein. Für Kinder, die den Hort nicht besuchen, gelten die durch den Schulträger ausgehandelten Vereinbarungen/Konditionen mit dem Caterer, denen von der jeweiligen Schulkonferenz (SK) zugestimmt wurde. Für SuS, die eine Horteinrichtung besuchen, gelten andere Kriterien. Horteinrichtungen unterliegen dem KitaG BB, welches eine Deckelung für das Mittagessen vorsieht. Somit entstehen zwischen den Mittagskosten für SuS einer Klasse teilweise enorme Preisunterschiede, die zum Teil höher sind als der Hortbeitrag. Für dieses Missverhältnis sieht Frau Lauffer keine zeitnahe Lösung.

Neuausschreibungen versprechen wenig Erfolg auf Besserung, da aufgrund teilweise unangemessener Qualität plus hoher Kosten für das Mittagessen viele Eltern nicht mehr bereit bzw. in der Lage sind, diese Preise zu bezahlen. Neuausschreibungen nehmen als Kalkulationsbasis allerdings die jeweils aktuelle Zahl der Teilnehmer an der Mittagsversorgung, durch die nun geringeren Zahlen werden die Preise pro Portion weiter nach oben getrieben.

Hingewiesen wurde auf eine Gesamtschule, in der eine Mittagsmahlzeit aktuell 6,27€ kostet, begründet sich in den besonderen Ansprüchen an die Mittagsverpflegung und der Tatsache, dass es bei der Neuvergabe zum aktuellen Schuljahr nur einen Bieter gab. Während BuT-Begünstigte (Bildung und Teilhabe) zuzahlungsbefreit sind, können sich andere Eltern diese hohen Kosten auch nicht mehr leisten, Frau Lauffer verweist hier auf die Härtefallregelung. Die Sekretariate der Schulen können hier Hilfestellung beim Ausfüllen der entsprechenden Formulare bieten, die AWO Potsdam bietet einen ähnlichen Service.

Es wurde der Vorschlag eingebracht, eine AG Schulesen zur besseren Klärung zu gründen, da der KER als Gremium gegebenenfalls ungeeignet ist. Diese AG soll mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung im Land Brandenburg und den Essenskommissionen der Schulen in Kontakt treten. Für die AG Schulesen stellen sich Herr Bartke, Frau Werner und Herr Beßler zur Verfügung. *(nachträgliche Anmerkung: Herr Beßler steht nicht mehr zur Verfügung.)*

Der Beschluss zur Bildung der AG Schulesen mit der offiziellen Beauftragung durch den KER inklusive der Kommunikation mit der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) wird einstimmig angenommen.

## TOP 4

Auf Vorschlag des KER wurde im KSB eine AG Ü7-Verfahren gegründet. Diese hat wegen nicht freigegebener Daten eigene Erhebungen zur Nachfrage der weiterführenden Schulen gemacht. Die Ziele sind zum einen Transparenz für Eltern im Auswahlverfahren und zum anderen Transparenz für die Schulentwicklung in der LHP. Die Umfragen haben ergeben, dass die drei am meisten nachgefragten Schulen Gesamtschulen sind, allerdings sind auch die drei am wenigsten nachgefragten Schulen Gesamtschulen. D. h., hier wird eine starke Diskrepanz innerhalb eines Schultyps festgestellt. Die LHP befürchtet bei Veröffentlichung einer solchen Rangliste eine Stigmatisierung einzelner Schulen.

Es wurde der Vorschlag eingebracht, die AG in eine AG Übergangsverfahren & Schulentwicklung des KER zu überführen, da der KER das bessere Gremium für dieses Thema ist. Neben dem Ü7-Verfahren soll auch das Ü1- und das Ü11-Verfahren beleuchtet werden. Der Beschluss ist als Anlage auf Seite 4 dem Protokoll beigefügt.

Der Beschluss zur Bildung dieser AG wurde mit 16 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

# Kreiselternerat Potsdam

E-Mail: [ker.potsdam@gmail.com](mailto:ker.potsdam@gmail.com) | Homepage: <http://www.ker-potsdam.de/>

---

## TOP 5

Der LER hat in diesem Schuljahr bereits zweimal getagt, aufgrund des Rücktritts des Vorsitzenden aber viel mit eigenen Angelegenheiten zu tun gehabt. Es wurde eine neue Geschäftsordnung erlassen und ein neuer Vorstand gewählt. Die AG Geschäftsordnung wurde damit eingestellt, die anderen AGs Gesundes Essen, Inklusion und Netiquette haben ihre Berichte auf der LER-Homepage zur Verfügung gestellt. Weitere Themen waren die Preiserhöhungen beim Mittagessen, die Energiekrise und deren Auswirkungen (z. B. Senkung der Temperaturen in Schwimmbädern) sowie Kosten der Lehr- und Lernmittel.

Der KSB hatte noch keine Sitzung.

## TOP 6

- Digitalisierung und Baumaßnahmen
- IT-Support
- Lehrerausstattung
- Artikel in der PNN, Interview mit Ministerin Britta Ernst
- Quadratkilometer Bildung (RAA Brandenburg)

## Nachtrag:

Die für den 8. Dezember 2022 angekündigte Sitzung muss auf Januar 2023 verschoben werden. Einladung folgt.

Die Wahl der Vertreter\*innen für den Landeselternerat (LER) müssen aufgrund eines Formfehlers auf der kommenden Sitzung wiederholt werden.

Annett Hagemann-Rentzsch  
Sprecherin KER

Jürgen Mattern  
stellv. Sprecher KER

Mandy Ballwanz  
stellv. Sprecherin KER

Paul Bruhn  
stellv. Sprecher KER

## Anlage

### Beschluss

Einrichtung einer AG Übergangsverfahren & Schulentwicklung und Unterstützung von AIG-Anfragen zum Ü7-Verfahren

Der Kreiselterrat hat in seiner Sitzung vom 17.10.23 folgenden Beschluss gefasst:

- 1) Der Kreiselterrat richtet eine AG Übergangsverfahren & Schulentwicklung ein. Ziel der AG ist es, mehr Transparenz zu den Übergangsverfahren Ü7 und perspektivisch Ü1 und Ü11 zu erreichen, damit die Potsdamer Familien informiertere Anwahlentscheidungen treffen können und damit die Grundlagen für die Diskussion um die weitere Schulentwicklung in Potsdam verbessert werden.
- 2) Der Kreiselterrat unterstützt die AIG-Anfragen #252708, #252709, #258393 und #258300 sowie die inhaltsgleichen Fragen an einzelne Schulen und fordert das MBS und das Staatliche Schulamt Brandenburg auf, die Fragen zeitnah und umfassend zu beantworten und die Informationen zukünftig automatisch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

abgestimmt